

Die homogene „Partei der Nichtwähler“ gibt es nicht

Für die Entscheidung gegen die Teilnahme an Wahlen haben Bürger mannigfaltige Gründe / Trotzdem zeichnen sich Risiken ab

VON UNSEREM REDAKTEUR
THOMAS FRICKER

Gegeben hat es sie schon immer. Aber erst in jüngerer Zeit hat die Politik ihre Existenz widerstrebend zur Kenntnis genommen: Ist es nicht anstrengend genug, ständig die Interessen der Wähler im Blick zu behalten? Soll man sich jetzt auch noch mit den Nichtwählern abgeben?

Wer darauf mit ja antwortet, der sieht in der Regel durch die scheinbar unaufhörlich steigende Zahl der Nichtwähler nicht weniger als die Demokratie in Gefahr. Wie viel Enthaltensamkeit bei Wahlen verträgt die Herrschaft des Volkes? Unterhalb welcher Wahlbeteiligung ist es um die Legitimation der Parlamente geschehen, ab wann kann von einem Mandat des Volkes für die Regierenden keine Rede mehr sein? Die Sorgen und Ängste sind groß – entsprechend ist das Bedürfnis gewachsen, möglichst viel über die Spezies der Nichtwähler zu erfahren. Was gar nicht so einfach ist, wie eine Expertenrunde ergab, zu welcher die Landeszentrale für politische Bildung dieser Tage nach Stuttgart geladen hatte.

Die so genannte „Partei der Nichtwähler“ sei nur dreimal in der Geschichte Baden-Württembergs bei Landtagswahlen nicht stärkste Kraft gewesen, rückte dort die Präsidentin des Statistischen Landes-

amtes, Gisela Meister-Scheufelen, zunächst die Fakten zurecht. Allerdings mochte sie dies nicht als Entwarnung verstehen. Das Rekordtief bei der Beteiligung an der Wahl im März sei durchaus von historischer Dimension, führte die Statistikerin aus.

In Baden-Württemberg blieben auch zufriedene Bürger zu Hause

Ebenfalls nicht die Entwarnung, wohl aber eine Relativierung des Problems zumindest für den Südweststaat versuchte ein anderer: Matthias Jung, Vorstandsvorsitzender der Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim, nannte zwar erschreckende Zahlen (danach sind 3,5 Millionen von 7,5 Millionen Wahlberechtigten den Urnen fern geblieben; gemessen an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten errang die CDU nur 23,3 Prozent, die „Partei der Nichtwähler“ dagegen 46,6 Prozent). Zugleich lieferte Jung aber handfeste Gründe dafür. So waren 80 Prozent der Wahlberechtigten der festen Überzeugung, die CDU werde ohnehin gewinnen. Fast ebenso viele potenzielle Wähler bewerteten die Lage in ihrer Heimat positiver als anderswo in Deutschland. Weshalb noch wählen gehen, dürften sich da auch Zeitgenossen gefragt haben, für die die Stimmabgabe normalerweise immer noch Bürgerpflicht ist.

Ältere wählten überdurchschnittlich häufig, die Gruppe der 20- bis 30-Jährigen in bestürzend geringer Zahl. Indes waren Jung zufolge unter allen Nichtwählern lediglich rund 15 Prozent so genannte bekenkende Wahlverweigerer; politisch hochinteressiert, jedoch dem etablierten politischen Angebot gegenüber entschieden ablehnend eingestellt und/oder radikalen Politikalternativen zuneigend.

Diese Gruppe werde von den Medien überbetont, erklärte Ulrich Eith. Zum Beleg führte der Freiburger Parteienforscher eine ganze Typologie von Nichtwählern an. Dem Gewohnheitsnichtwähler mit niedrigem Bildungsniveau, der sich für Politik kaum interessiere und allen Debatten ausweiche, stellte Eith den konjunkturellen Nichtwähler zur Seite. Dies sei einer, dessen Wahrnehmung von Politik intensiver sei und der unter Umständen (ein außergewöhnlicher Kandidat, eine Richtungsentscheidung) für den Wahlprozess zurückgewonnen werden könne. Noch näher am politischen Geschehen verortete Eith die Nichtwähler aus Frust mit der eigenen Partei – und beschrieb als Paradebeispiel für diese Gruppe sozialdemokratische Stammwähler, welche vom Kurs Gerhard Schröders restlos enttäuscht waren. Eiths Fazit: Die einheitliche „Partei der Nichtwähler“ gibt es nicht.

Aber wenn dem so ist, sind dann die Sorgen engagierter Demokraten unbegründet, ist alles Kopfzerbrechen überflüssig? Hörte man dem Stuttgarter Politikwissenschaftler Oskar Gabriel zu, wurde man beinahe zu diesem Schluss verleitet. Gabriel setzte die tendenziell rückläufige Wahlbeteiligung in Bezug zu anderen Methoden der Partizipation, etwa des Engagements in Bürgerinitiativen. Gemeinsam hielten sie das politische System stabil. Hauptursache fürs Nichtwählen sei außerdem nicht Misstrauen oder Unzufriedenheit mit Politik und Staat, sondern schlichtes Desinteresse. „Politik ist nun mal für viele Menschen ein bedeutungsloser Bereich.“ Das Achselzucken des Experten war deutlich.

Uninteressiert und unzufrieden, das kann gefährlichen Treibsand ergeben

Wäre da nicht der Freiburger Eith gewesen. Wohl wissend um die unscharfe Datenbasis bezüglich der Nichtwähler (die Statistik des Landesamtes erfasst nur Alter und Geschlecht, viel zu wenig für präzise soziologische Aussagen), wies Eith doch auf den „gefährlichen Treibsand“ hin, den ein diffus uninteressiertes, aber zugleich diffus unzufriedenes Wählerdrittel abgebe. „In einer Krisensituation könnten die politisiert werden“, warnte Eith. Dann ist guter Rat teuer.